

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P. XXII/187

Bad Godesberg, den 29. September 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>MdB Majonica und die Pause</u> Ein Rat, der nicht befolgt werden darf	38
2 - 3	<u>Sozialwohnungen</u> Sparen - aber mit Bedacht Von Margarete Berger-Heise, MdB	63
4	<u>Nach den Landtagswahlen ...</u> Das Ende einer "großen kulturpolitischen Offensive der CSU"	40
5 - 6	<u>Opposition in Griechenland wird stärker</u> Auch die Verbündeten Athens jetzt offen gegen die Militärjunta Von Dr. Basil Matziopoulos	61

* * *

MdB Majonica und die Pause

Ein Rat, der nicht befolgt werden darf

sp - Wir haben Verständnis dafür, wenn der Privatmann Majonica nach seiner für ihn enttäuschenden Moskau-Reise mal Pause machen will. Wenn jedoch der Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des außenpolitischen Arbeitskreises der CDU/CSU im Deutschen Bundestag, Majonica, öffentlich rät, man solle in der deutschen Ostpolitik eine Pause einlegen, dann fehlt uns dafür jedes Verständnis.

Erst gestern hat der dänische Ministerpräsident Jens Otto Krag in New York vor der internationalen Presse Erklärt, die Bundesregierung verdiene jede Unterstützung bei ihren Bemühungen um eine Verbesserung ihres Verhältnisses zu den osteuropäischen Staaten. Krag forderte von den westlichen Staatsmännern, sie sollten diese Bemühungen unterstützen und ihren Einfluß gerade in den osteuropäischen Ländern geltend machen, damit man dort zu einer realistischen Einschätzung der Entspannungs- und Friedensbemühungen der Bundesregierung gelangt.

Auch der französische Außenminister Couve de Murville hat - ebenfalls in New York - die Lösung des deutschen Problems im Sinne einer großangelegten Politik der Entspannung und Friedenssicherung in Europa als eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart bezeichnet.

Wie sehr uns Deutschen selbst die Lösung unserer nationalen Probleme auf den Nägeln brennt, brauchen wir wohl an dieser Stelle nicht noch einmal zu betonen. Um jedes Mißverständnis auszuschließen, sagen wir aber trotzdem noch einmal, daß alle Anstrengungen zur Überwindung der Spaltung Deutschlands und Europas nicht etwa der Ausdruck einer sinnlosen Aktivität sind, sondern von der sachlichen und illusionslosen Überlegung ausgehen, daß ohne eine Verbesserung der Beziehungen zwischen uns und den osteuropäischen Staaten weder die Sicherheit für unser Volk noch für Europa erreicht werden kann.

Und in einer solchen Situation sagt der persönlich enttäuschte Herr Majonica, wir sollten mal Pause machen; Pause in unseren Bemühungen, Moskau davon zu überzeugen, daß die deutsche Ostpolitik nicht das Ziel hat, irgendein Volk gegen ein anderes auszuspielen. Wenn die These richtig ist, daß der Schlüssel für eine der Sicherung des Friedens dienenden Europapolitik in Moskau liegt, dann muß unermüdlich, illusionslos und mit langem Atem versucht werden, diesen Schlüssel zu finden. A n d e r e werden uns diese Aufgabe nicht abnehmen. Mindestens d a s sollte Herr Majonica in den vergangenen Jahren gelernt haben.

Sozialwohnungen

Sparen - aber mit Bedacht

Von Margarete Berger-Heise, MdB

Die Finanzplanung des Bundes für die Jahre bis 1971 erfordert zu ihrer Verwirklichung Gesetzesänderungen auf vielen Gebieten. So auch auf dem der Wohnungspolitik. Beabsichtigte Maßnahmen der Bundesregierung zur Erzielung von Mehreinnahmen und Ausgabenbeschränkungen sind bereits während der Ferienzeit des Parlaments der Öffentlichkeit übergeben worden.

Mehreinnahmen soll die "Änderung wohnungsrechtlicher Vorschriften" (Drucksache V/2063) dadurch bringen, daß die für den sozialen Wohnungsbau nach der Währungsreform bis Ende 1959 eingesetzten zinsbilligen oder zinslosen öffentlichen Mittel vom 1. Januar 1968 an mit vier Prozent verzinst werden. Die Bundesregierung kann sich dabei auf eine einstimmige Entschlußung des Bundestages vom 8. Dezember 1966 berufen, in der sie beauftragt wurde, möglichst bald einen Gesetzentwurf vorzulegen. Der vorliegende Entwurf schafft die notwendigen rechtlichen Grundlagen und soll dem Bund jährlich 100 Millionen DM mehr an Rückflüssen einbringen. Diese an Bund und Länder zurückfließenden Darlehen samt Zinsen bleiben zweckgebunden und werden wieder für den sozialen Wohnungsbau eingesetzt.

Die Auswirkungen auf die Mieten der bis Ende 1959 erstellten Sozialwohnungen hängt dabei von der Höhe der öffentlichen Darlehen ab, die im Einzelfall gewährt wurden. Sie dürften sehr unterschiedlich sein. Darum setzen sich die Länder für eine Begrenzung der Mietensteigerung durch eine Tabelle ein, die auch die Ausstattungsmerkmale der Wohnungen berücksichtigt. Da die Mieten solcher Wohnungen im Durchschnitt etwa halb so hoch sein dürften wie die der heute fertig werdenden Sozialwohnungen, waren die Bewohner der älteren Sozialwohnungen seit Jahren bevorzugte Angriffsobjekte von Leserzuschriften in der Tagespresse. Die frühere Bundesregierung hatte einen Gesetzentwurf vorbereitet, wonach Mieter, die eine bestimmte Grenze des Familieneinkommens überschritten hatten, die Wohnungen des sozialen Wohnungsbaues räumen sollten. Rechtlich war das unmöglich und hätte

außerdem entweder zu einer unerträglichen Einkommensschnüffelei des Vermieters bei seinen Mietern oder zu einem ungeheuren Verwaltungsaufwand einer Behörde geführt.

Auch über die durch die Zinserhöhung bedingten Mieterhöhungen werden die Mieter der davon betroffenen Wohnungen nicht gerade begeistert sein. Sie behalten aber ihre Wohnungen und tragen zum Bau weiterer Wohnungen für andere Wohnungssuchende bei. Wenn sich ihr Einkommen im Laufe der Jahre nicht verbessert hat oder sogar - wie bei Rentnern oder Kurzarbeitern - geringer geworden ist, werden sie von den Möglichkeiten des Wohngeldes Gebrauch machen.

Das Wohngeldgesetz - über beabsichtigte Änderungen berichtete die Presse in der vorigen Woche - ist nämlich für Mieter geschaffen worden, die zufolge ihres Einkommens nicht in der Lage sind, ihre gesamte Miete allein zu tragen. Es gewinnt also an Bedeutung in einer Zeit stagnierender oder absinkender Einkommen und ansteigender Mieten.

Im Vertrauen auf dieses Gesetz sind Mieter aus Sanierungsgebieten in Wohnungen des sozialen Wohnungsbaues umgezogen, und die Behörden haben sie dazu ermuntert. In Bund, Ländern und Gemeinden wurde die gedrosselte Vergabe öffentlicher Darlehen an den Wohnungsbau mit der besseren Ausstattung des Wohngeldgesetzes begründet: Von den objektbezogenen zur subjektbezogenen Finanzierung!

Der Bezug neuerstellter Sozialwohnungen ist Wohnungssuchenden mit geringem Einkommen heute leider oft nur in Vertrauen auf das Wohngeldgesetz möglich. Müßten sie die gesamte Miete allein tragen, würden sie und ihre Familien unter die Grenze des Existenzminimums absinken.

Darum sollten offensichtliche Ungereimtheiten im Wohngeldgesetz beseitigt und Verwaltungsvereinfachungen auch gegen die Perfektionisten durchgesetzt werden, aber die materielle Substanz des Gesetzes muß erhalten bleiben. An diesem Punkt müssen die Sparmaßnahmen des Bundes und der Länder ihre Grenze finden.

Nach den Landtagswahlen ...

Das Ende einer "großen kulturpolitischen Offensive der CSU"

spk - Im November 1965 schrieb der jetzige Generalsekretär der CSU, Max Streibl, zum damaligen Entwurf der CSU für ein Begabtenförderungsgesetz:

- * Das Begabtenförderungsgesetz ist ein Teil der großen kulturpolitischen Offensive der CSU."
- *

Damit sollte das Programm des Ministerpräsidenten Dr. Alfons Goppel erfüllt werden, wonach kein Vater sein Kind künftig von einer weiterführenden Schule zurückhalten müsse, weil der Weg zu weit oder die Kosten zu hoch wären. Als das Gesetz im Juni vorigen Jahres verabschiedet war, schrieb Kultursminister Dr. Huber:

- * "Wer die Opfer und Entbehrungen kennt, unter denen hochbegabte Kinder aus schulfernen Gegenden, aus kinderreichen und weniger begüterten Familien ihren Bildungsweg erkämpfen mußten, der kann ermes-
- * sen, daß die Verabschiedung dieses Gesetzes in diesen Gebieten und seiner Bevölkerung Genugtuung und Freude auslöst. Es ist ein bedeut-
- * samer Tag im bayerischen Bildungswesen, von dem positive Wirkungen
- * ausstrahlen werden."

Das Gesetz hatte allerdings mehrere Haken. So legte es die Förderungsbeträge nicht fest, sondern überließ das einer Durchführungsverordnung. Das Begabtenförderungsgesetz ist kaum ein Jahr inkraft und schon wird die Durchführungsverordnung geändert. Sie setzt die Grundbeträge empfindlich herab und zwar für Schüler der Klassen fünf bis acht von 30,-- DM auf 12,-- DM, der Klassen neun und zehn von 75,-- DM auf 35,-- DM und der Klasse elf von 100,-- DM auf 50,-- DM. In der Begründung heißt es schlicht, die Herabsetzung sei deshalb gerechtfertigt, weil in der Zeit der allgemeinen Schulpflicht ohnehin alle Schüler gewisse Aufwendungen für ihre Schulbildung erbringen müssen. Von dem bedeutsamen Tag im bayerischen Bildungswesen sind für zahlreiche Eltern 12,-- DM im Monat übrig geblieben.

Kürzungen der Begabtenförderung gibt es auch für Schüler der Ingenieurschulen. Das geht aus einer Antwort auf eine Schriftliche Anfrage des SPD-Abgeordneten Dr. Schlittkeier an den Landwirtschaftsminister hervor. Da die Mittel nicht ausreichen, so heißt es in der Antwort, müsse die sogenannte "Kannförderung" nach dem 30.9.1967 eingestellt werden, es sei denn, das Finanzministerium stimme einer überplanmäßigen Regelung zu. Das wird natürlich nicht der Fall sein. Sollte die Bayerische Regierung nicht in der Lage gewesen sein, die erforderlichen Mittel und die finanzielle Lage auf ein Jahr voraussehen zu können? Oder hängt die Halbierung der Förderungsbeträge nach einem Jahr damit zusammen, daß die Landtagswahl vorüber ist?

Opposition in Griechenland wird stärker

Auch die Verbündeten Athens jetzt offen gegen die Militärjunta

Von Dr. Basil Mathiopoulos

Der Ring, der die Militärdiktatur in Griechenland in eine unfreiwillige Isolierung hineinzwängt, ist fast geschlossen. Von Anfang an haben die westlichen Verbündeten Griechenlands ihr Mißfallen nicht verhehlt und dem Regime keine lange Lebensdauer vorausgesagt. Der zunächst rhetorischen Entrüstung der freien Welt lassen nun die Regierungen der verbündeten Länder konkrete Maßnahmen folgen.

Verurteilung im Europarat

Vor der beratenden Versammlung des Europarates in Straßburg wurde die griechische Militärregierung scharf gerügt und aufgefordert, die grundlegenden Menschenrechte ohne Einschränkung zu respektieren und die parlamentarisch - demokratische Ordnung wieder einzuführen, andernfalls ließe sich ein Ausschluß Griechenlands aus der Gemeinschaft der 18 Staaten nicht vermeiden. Auf eine entsprechende Anfrage eines deutschen Abgeordneten vor der EWG-Kommission in Brüssel wurde bekannt, daß das für die Assoziation Griechenlands zuständige Komitee seit dem Staatsstreich im April dieses Jahres nicht mehr getagt hat. Außerdem wurde die Europäische Investitionsbank angewiesen, die in diesem Zeitraum fälligen Raten aus einer Griechenland gewährten Anleihe in Höhe von 500 Millionen DM nicht auszuführen.

Militärhilfe blockiert

Noch alarmierender mußten die Worte des amerikanischen Präsidenten anlässlich des Antrittsbesuches des neuen griechischen Botschafters in Washington auf die Machthaber in Athen wirken. Johnson sagte ohne Umschweife:

- * "Unsere Militärhilfe wird erst dann wieder das volle Ausmaß wie vor dem 21. April erhalten, wenn Ihre Regierung die demokratische Rechtsordnung respektiert. Sie werden von uns, Herr Botschafter, von der amerikanischen Öffentlichkeit und dem Kongreß immer wieder den Wunsch zu hören bekommen, daß Griechenland endlich wieder ein parlamentarischer Rechtsstaat wird."

Nützige Erklärung eines Konservativen

Ein wesentliches Glied in der Kette der Gegenreaktionen ist die entschiedene Verurteilung des Regimes durch den letzten legalen Minister-

präsidenten Panajotis Kanellopoulos. Obwohl Kanellopoulos nach wie vor unter Hausarrest steht, erklärte er am 27. September vor der Athener Auslandspresse:

- * Griechenland wird durch das autoritäre Regime in seiner Substanz
- * erschüttert; die fiktiven Rechtfertigungen der Junta sind gegen-
- * standslos, denn das Land hat sich vor dem Putsch weder in einem
- * Chaos noch in einer konkreten inneren Gefahr befunden."

Daß der Führer der konservativen ERE-Partei sich zu diesem Zeitpunkt an die Weltöffentlichkeit wenden konnte, ist nicht nur eine Folge der einstimmigen Solidaritätsbekundungen des Westens. Es ist ein bezeichnender Ausdruck dafür, daß der Militärdiktatur die Zügel immer mehr aus der Hand gleiten und sie sich im ganzen Land einer geschlossenen Front des aktiven Widerstands gegenübersehen. Vier Widerstandorganisationen haben in ihren Reihen die aufbegehrende Bevölkerung entsprechend ihrer früheren parteilichen Zugehörigkeit aktiviert. Die Explosion von drei Bomben im Zentrum Athens am vergangenen Montag war mehr als eine zufällige Aktion. Die anhaltende "Säuberungswelle" des Regimes, von der unzählige Staatsbeamte und vor kurzem 400 Offiziere betroffen wurden, verschärft nicht nur die ohnehin heikle soziale Lage, sondern bringt der Widerstandsbewegung neue Mitglieder.

Ein "Nasser Griechenlands"

Zeichnet sich im Hintergrund der herausfordernden Stellungnahme des Exministerpräsidenten Kanellopoulos bereits das Ende der Diktatur ab? Das Triumvirat an der Spitze der 18-köpfigen Junta wird die Antwort in unmittelbarer Zukunft selbst geben. Der starke Mann der Militärregierung, der Artillerieoberst Papađopoulos, der sich selbst als "Nasser Griechenlands" bezeichnet, versucht systematisch die Alleinherrschaft an sich zu reißen. Die Rivalität in der Führungsspitze, der wirtschaftliche und politische Druck des Auslandes und der einhellige Widerstand des Volkes - das sind drei Faktoren, deren Auswirkungen für das Militärregime fatal sein, für Griechenland aber einen neuen Anfang bedeuten könnten.